

HOHENLOHER TAGBLATT

Donnerstag, 9. Juli 2026 · 3,20 €

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEN BEZIRK CRAILSHEIM

Im Verbund der
SÜDWEST PRESSE

Stadt & Region



Petra Weber kündigt ihren Rückzug aus dem Amt an

Langenburg. Die Bürgermeisterin von Langenburg will nur noch bis Ende Juli 2027 im Amt bleiben. Ihre Stellvertreterin und Landrat Gerhard Bauer äußern sich zum Paukschlag.
Crailsheim Seite 9

Neuer „Turmwächter“ für Kinder und Jugendliche

Fichtenau. Die Sankt-Raphael-Kinder- und Jugendhilfe in Fichtenau-Unterdeuffteten hat einen neuen geschäftsführenden Vorstand. Darius Karkoszka folgt auf Stefan Reuter.
Gemeinden Seite 23

Isemann bleibt bei den HAKRO Merlins Crailsheim

Crailsheim. Center Till Isemann geht auch in der kommenden Saison für die Merlins auf Korbjagd. Der Center wechselte Mitte Februar von Bremerhaven nach Hohenlohe.
Sport regional Seite 28



Till Isemann (rechts) hat seinen Vertrag bei den Merlins verlängert.



Jetzt ausprobieren – Ihre Zeitung als E-Paper



Kostenlos für Abonnenten!
Einfach QR-Code scannen oder unter swp.de/mehr anmelden.

Das Wetter
im Südwesten



28|12
Heute



31|13
Morgen



31|12
Übermorgen

So erreichen Sie uns:
Abo-Service: 07951 409-423
aboservice.sho@swp.de
Privatanzeigen 07951 409-112
info.hota@swp.de
Geschäftsanzeigen 07951 409-231
anzeigen.sho@swp.de
Redaktion 07951 409-321
redaktion.sho@swp.de
Karten-Service 07951 409-112
www.hohenloher-tagblatt.de

74552 Crailsheim, Postfach 1254
Nummer 155 · 189. Jahrgang · E 3825



Die Deutsche Bahn will ihre Kommunikation mit einem KI-Bot namens „Kiana“ verbessern. Das System soll ab Ende des Jahres individuelle Reiseauskünfte in

der App sowie auf der Webseite liefern und ist Teil eines 50-Millionen-Euro-Programms. Ziel ist schnellere, verlässlichere Information bei Störungen, etwa zu Ver-

spätungen oder Gleiswechseln. Auch IT-Systeme und Anzeigen an Bahnhöfen werden modernisiert.

Foto: B. von Jutrczenka/dpa

Trump erklärt Waffenruhe für beendet und droht dem Iran

Nach gegenseitigen Angriffen ist die Zukunft der Verhandlungen zwischen Teheran und Washington ungewiss. Später spielt der US-Präsident die Angelegenheit herunter.

Nach erneuten Drohungen gegen die Führung in Teheran hat US-Präsident Donald Trump die Gefahren einer Eskalation im Iran-Krieg heruntergespielt. „Ich glaube nicht, dass er wieder aufflammt“, sagte er bei einer Pressekonferenz. Stattdessen rechne er damit, dass der Konflikt zeitnah wieder beigelegt werde.

Nur wenige Stunden zuvor hatte Trump mit weiteren US-Angriffen in der Nacht auf Donnerstag gedroht. Das US-Militär habe den Iran „hart getroffen“

und „wir werden sie höchstwahrscheinlich auch heute Nacht wieder hart treffen“, sagte er. Der Iran habe sich „sehr schlecht“ benommen. Trump drohte, erneut eine Blockade gegen den Iran zu errichten.

Im Gegenzug drohte der Iran, im Fall neuer US-Angriffe die für den internationalen Energiehandel wichtige Straße von Hormus vollständig zu sperren. Wie der Staatssender PressTV unter Berufung auf Sicherheitskreise mitteilte, sei der Iran bereit, für die Aufrechterhaltung seiner Kontrolle über die strategisch wichti-

ge Wasserstraße zu kämpfen. An den Märkten sorgte die erneute Eskalation für einen Sprung beim Ölpreis, die Aktienmärkte reagierten mit Verlusten.

Auslöser der jüngsten Eskalation waren Trump zufolge iranische Angriffe auf drei Tanker in der Straße von Hormus. Als Reaktion griff das US-Militär Dutzende Ziele im Iran an. Zudem setzten die USA Sanktionen auf iranisches Öl wieder in Kraft. Irans Streitkräfte beschossen daraufhin US-Ziele in den mit Washington verbündeten Golfstaaten Kuwait und Bahrain. Als eine

Folge der Eskalation zogen die Ölpreise wieder an. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mahnte am Rande des Nato-Gipfels „viel Gelassenheit, Besonnenheit und Geduld“ an.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) bezeichnete den Gipfel in Ankara unterdessen als Wendepunkt in der Geschichte des Bündnisses. „Die Trittbrettfahrerei der Europäer ist jetzt halt zu Ende“, sagte er mit Verweis auf die höheren Verteidigungsausgaben der europäischen Nato-Länder. Die Allianz sei „europäischer denn je“.

dpa/afp

Regierung soll bei sich selbst kürzen

Baden-Württemberger sehen laut „BaWü-Check“ auch Sparpotenzial bei der Kultur.

Stuttgart. Trotz sinkender Steuereinnahmen sehen die Menschen im Südwesten nur zwei Bereiche, in denen das Land sparen könnte: bei sich selbst – und bei der Kultur. Vier von fünf Befragten im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, finden, dass das Land Personal in



der Landesverwaltung kürzen sollte. Der zweite Bereich, in dem nach Ansicht von 72 Prozent der Befragten weniger Geld ausgegeben werden sollte, sind Kultureinrichtungen wie Theater und Museen.

Den Abbau von Schulden hält indes nicht mal jeder Fünfte für eine der wichtigsten Aufgaben

des Landes. Vor allem im sozialen Bereich finden die Befragten, dass das Land mehr Geld in die Hand nehmen sollte. 90 Prozent der Befragten möchten, dass das Land mehr für Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser ausgeben soll. Fast ebenso viele (88 Prozent) sind der Auffassung, dass mehr Geld in die Ausstattung von Schulen gesteckt werden sollte, 81 Prozent sind für

eine bessere Finanzierung von Kindergärten.

Nur 38 Prozent der Befragten trauen der Landesregierung tatsächlich zu, die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs anzugehen. Das Vertrauen in den neuen Ministerpräsidenten Cem Özdemir (Grüne) ist hingegen weiterhin groß: 53 Prozent trauen ihm zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. *Annika Grah*

Kommentar

Hajo Zenker
zur Reform im
Gesundheitswesen



Gründlich statt hektisch

Keine Frage: Die Zeit drängt. Die Löcher in den Kassen der Krankenkassen werden immer größer. Soll es zum Jahreswechsel nicht erneut zu einer Welle von Beitragserhöhungen für Versicherte und Arbeitgeber kommen, muss schnell gehandelt werden. Die Frage ist nur: Wie schnell? Zwar ist verständlich, dass die Regierung das Reformgesetz, das letztlich ein Kürzungsgesetz ist, noch vor der Sommerpause durchbringen will – nur war man sich innerhalb der Koalition und zudem mit den sehr kritisch gestimmten Ländern in vielen Punkten so uneins, dass der erste in den Bundestag eingebrachte Gesetzesentwurf quasi Makulatur ist. Das Durcheinander war so groß, dass nun Oppositionspolitiker vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind.

Wie das Urteil ausfallen wird, lässt sich schwer vorhersagen. Aber immerhin hat Karlsruhe 2023 schon einmal die Verabschiedung eines Gesetzes in der letzten Woche vor der Sommerpause gestoppt. Was sich unabhängig davon auf jeden Fall sagen lässt: Lieber ein ausbalanciertes, durchgerechnetes Gesetz, das Anfang September zur Abstimmung steht, als ein Wust von Detailänderungen, die niemand mehr versteht – und die uns allen gewaltig auf die Füße fallen können.

Amt für Boris Palmer

Tübinger OB soll den Bürokratieabbau im Land voranbringen.

Tübingen/Stuttgart. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer soll nun doch eine Rolle in der grün-schwarzen Landesregierung in Baden-Württemberg einnehmen. Laut Informationen unserer Redaktion wird Palmer Rat für Staatsmodernisierung und soll im Kabinett Vorschläge zum Bürokratieabbau einbringen. Der Job ist ein Ehrenamt, Palmer bleibt demnach OB in Tübingen. Im Gegenzug soll das Gremium des Normenkontrollrats abgeschafft werden. Über einen Posten Palmers in der Regierung Cem Özdemirs war seit Monaten spekuliert worden. *swp*

Zum Weltmeister holmsen

Noch zehn Tage (sowie den Rest von heute) dauert diese Fußball-Weltmeisterschaft, und manch einer kann jetzt schon nicht mehr. Es ist wirklich schwierig, immer wieder diszipliniert bis zum Ende des letzten Spiels wach zu bleiben. Insbesondere, wenn ein Regensturm die Partie unterbricht und noch ein Stündchen in die Länge zieht.

Schon im Normalfall leiden in Deutschland etwa sechs Millionen Menschen unter Schlaflosigkeit, in den vergangenen Wochen sind es noch einmal deutlich mehr geworden. Die Begegnung

zwischen Gastgeber USA und Belgien schauten sich fast 340.000 Menschen live an. Wegen der Aufregung über US-Präsident Donald Trump und der Roten Karte für US-Stürmer Folarin Balogun dürfte kaum einer eingesnickt sein. Das sieht man am nächsten Tag.

Deshalb war der gestrige Mittwoch von enormer Bedeutung. Es handelte sich um den ersten Tag seit Beginn des Turniers, an dem kein Spiel angepöfien wurde. Wenn also der seit Wochen schlappe Kollege heute ungewöhnlich dynamisch am Arbeits-

platz erscheint, hat er die Zeit genutzt, nicht in der Eistonne, sondern in den Federn. Eine ganze Nacht lang holmsen.

Holmsen, kennen Sie nicht? Es stammt aus der Feder des SZ-Autors Axel Hacke, der in einer kinderbedingt schlaflosen Nacht das Wort „Schlaf“ nachschlägt. Er stößt auf den Schriftsteller Johannes Schlaf, der unter dem Pseudonym Bjarne Peter Holmsen arbeitete und später nervenkrank in Heilanstalten lebte. Wie gut, dass es nur noch zehn Tage sind. Dann wird richtig geholmst. *Guido Bohsem*

Amok-Verdacht: Verletzte an Schule in Bayern

Schongau. Bei einer möglichen Amoktat an einem Gymnasium in Oberbayern sind laut Polizei mindestens zwei Mädchen schwer verletzt worden. Wie viele Menschen verletzt wurden, blieb unklar. Der Vorfall deute auf eine Amoklage hin. Der mutmaßliche 16-jährige Täter sei nach dem Vorfall in Schongau festgenommen worden und soll laut Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) über Messer und Schusswaffe verfügt haben. *dpa*

Mehr Migranten mit Ziel Europa sterben

Berlin. Die irreguläre Migration nach Europa ist noch gefährlicher geworden: Seit Anfang des Jahres sind laut Zahlen der Vereinten Nationen mindestens 2676 Menschen auf Migrationsrouten ums Leben gekommen oder werden vermisst. Allein 1570 Menschen seien auf dem Weg nach Europa verschollen. Damit sei die Zahl der verunglückten Migranten mit Ziel Europa im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 27 Prozent gestiegen. *epd*